

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 19

Artikel: Noch ist Polen nicht verloren
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093933>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Noch ist Polen nicht verloren

PETER SAGER

Die meisten Kommentatoren scheinen sich einig zu sein: Die Lage in Polen ist auf dem Weg der Normalisierung und die Krise im Begriff, überwunden zu werden. So kann der Bürger im Westen erneut zu Freuden und Geschäften zurückkehren und sich von einer Belastung befreit fühlen. Kein Wunder, dass der überforderte Bürger lieber Zeitungen liest, die ihm solche Auswege anbieten. Doch: stimmt das Bild?

Die Krise ist verschoben ...

Im Kompromiss zwischen Regierung und Streikkomitee sind den Arbeitern generell Lohnerhöhungen zugestanden worden, ferner freie Gewerkschaften als echte Interessenvertreter der Arbeiterschaft. Kann die Regierung diese Versprechen halten?

Das ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit auszuschliessen. Der polnische Staat verfügt weder über die wirtschaftlichen Reserven, noch über zureichende Kredithilfen aus dem Ausland, um die Reallöhne über den Augenblick hinaus anzuheben. Dazu benötigte der polnische Staat allein für das laufende Jahr mindestens 4 Milliarden Dollar neuer Kredite. Bisher hat er rund 1,4 Milliarden Dollar von der Bundesrepublik (1,2 Mrd. DM) und von den USA (650 Mio. \$) erhalten, ferner eine Milliarde Dollar Devisenhilfe und zusätzliche Lebensmittellieferungen aus der Sowjetunion. Es fehlt somit über eine Milliarde für das laufende Jahr. Das ginge noch; aber es fehlen vermutlich mehr als 4 Milliarden für das nächste Jahr.

Mithin muss Geld gedruckt werden. Die Nominallohne werden steigen. Dadurch wird mit einiger Verzögerung die Inflation angeheizt. Spätestens im Frühjahr wird sie sich in einem Absinken der Reallöhne auswirken. Werden das die Arbeiter hinnehmen? Neue, noch schwerere Unruhen dürften bevorstehen. Dies frühestens im Oktober, wenn die weniger disziplinierten Studenten ihrerseits Vereinsfreiheit fordern werden.

Das Versprechen auf Einrichtung freier Gewerkschaften kann ebenfalls nicht eingehalten werden. Sie hätten zur Folge, dass dem Staat ein Wirtschaftspartner erwachsen würde, der über erhebliche Macht verfügte und das Monopol der Partei in Frage stellte. Der Weg zum Pluralis-

mus wäre eingeschlagen. In der Nähe des sowjetischen Zentrums würden gefährliche Signale gesetzt, ein Beispiel, das Schule machen müsste, in Ungarn vorab, aber letztlich sogar in der UdSSR selbst. Warum sollte sich der russische Arbeiter immer ducken und beugen und am Ende gar allein die Rechnung für Moskaus Machtpolitik bezahlen? Zumal es in der Sowjetunion seit wenigen Jahren auch schon Ansätze zu freien Gewerkschaften gibt.

Daher könnte bald schon sichtbar werden, dass zwischen der Zusage der Regierung und der Forderung der Arbeiter nach freien Gewerkschaften wesentliche Meinungsunterschiede bestehen. Die Regierung sieht sie den Verfassungsgrundsätzen unterstellt, die Arbeiter wollen eine echte Interessenvertretung erreichen. Das neue, in Ausarbeitung befindliche Gewerkschaftsstatut wird erweisen, dass der Kompromiss nicht möglich ist.

... bis zum Frühjahr

Die Erscheinung, dass West und Ost mithelfen, die Krise in einem kommunistischen Land zu dämpfen, ist eigentlich erstaunlich. Ein solcher westlicher Beitrag wäre 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei noch nicht denkbar gewesen. Hier wird bereits die Schwäche des Westens sichtbar, der sich von einer Krise loskaufen möchte, weil sie die Grundsatzfrage des Existenzrechtes eines kommunistischen Regimes aufrollt. Die polnische Krise wird sich wahr-

Dem Danziger Kompromiss vom 30. August stimmte die polnische Regierung weder freudig noch freiwillig zu. Allein die Streikdrohung der schlesischen Kumpels erzwang das Nachgeben.

scheinlich in einer Krise der Sowjetunion verlängern.

Vorläufig aber ist diese Krise verschoben. Vor dem November kann die Sowjetunion kaum etwas unternehmen. Die Auswirkungen auf die Wahlen in der Bundesrepublik und in den USA wären eine zu grosse Belastung, desgleichen jene auf die Madrider Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Nach dem November ist die Sowjetunion jedoch mit einer weiteren Rücksicht belastet. Im Frühjahr 1981 soll der 26. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stattfinden. Ein solches Ereignis bedarf einer Vorbereitung von mehr als einem Jahr. Die Kongressthemen müssen formuliert und hernach bis hinunter in die Parteizellen diskutiert werden. Dieser Prozess

Nach 20 Milliarden Dollar Auslandskrediten hat Polen statt eines Wirtschaftswunders die grosse Krise, statt des Wohlstands leere Töpfe. Ein Beweis mehr für das Versagen des Sozialismus.

läuft. Man wird ihn schwerlich durch einen offenen Ausbruch der polnischen Krise stören wollen.

Der Streikausbruch im vergangenen Juli dürfte in Polen Alarmstufe 1 einer Sowjetintervention ausgelöst haben. Alarmstufe 2 ist nach Abschluss des 26. Parteikongresses der KPdSU erreicht. Alarmstufe 3 wird die tatsächliche Sowjetintervention bringen.

Intervention unvermeidlich?

Warum ist eigentlich eine Sowjetintervention unvermeidlich? Sie ist es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, solange es noch eine nichtkommunistische Umwelt gibt.

Wirtschaftlich gesehen vermag die kommunistische Planwirtschaft niemals eine der Marktwirtschaft ebenbürtige Leistung zu erbringen. Verantwortlich dafür ist keineswegs etwa Dummheit oder Einsichtslosigkeit der kommunistischen Führer, sondern ein handfester Sachzwang. Die Leistungskraft der Marktwirtschaft ergibt sich aus dem Umstand, dass sie als Friedenswirtschaft auf die Erhöhung des Volkswohlstandes abzielt und somit jeden einzelnen am Wirtschaftsergebnis beteiligt. Die Marktwirtschaft ist deshalb pluralistisch strukturiert und kann niemals durch eine einzige Stelle — Staat oder Partei — kontrolliert werden.

Eben das — einheitliche und durchgehende

Die Breschnew-Doktrin wurde nach dem Prager Herbst am 12. November 1968 in Warschau aufgestellt. Danach beansprucht die Sowjetunion das Recht auf Intervention in jedem sozialistischen Land, wo der Sozialismus gefährdet ist. Wann «der Sozialismus gefährdet ist», bestimmt Moskau.

Kontrolle — ist indessen das Hauptanliegen der Führung einer geschlossenen Gesellschaft. Sie benötigt diese Kontrolle, um die staatliche Macht rascher anzuhäufen als den Lebensstandard des Volkes. Daher ist die Planwirtschaft wesentlich eine Kriegswirtschaft. Der Vorteil der einheitlichen Staats- oder Parteikontrolle über die Wirtschaft muss daher durchaus bewusst zum Preis einer minderen Leistungskraft erkauft werden.

Solange es also eine Marktwirtschaft gibt, wird sie den osteuropäischen Menschen immer konkret zeigen, was sie selber unter einem andern Regime haben könnten. Das erfüllt sie mit Hoffnung, und ein hoffender Mensch findet sich mit der osteuropäischen Realität, mit dem realen Sozialismus, nicht ab.

Politisch gesehen ist die Existenz offener Gesellschaften mit ihrem Parteienpluralismus ohne Machtmonopol, mit ihrer wesentlich breiteren Einbeziehung der Völker in die Meinungsbildung und Beschlussfassung, gleichermassen eine dauernde Herausforderung an die kommunistische Führung. Wiederum: sie kann diese Herausforderung niemals annehmen, weil sie sonst die Allmacht der Partei opfern und daher danken müsste.

Das sind übrigens die Gründe, warum es keine Konvergenz der beiden Systeme geben kann und auf die Dauer auch keine Koexistenz. Die offene Gesellschaft könnte sich zwar die Existenz ausserpolitisch unaggressiver geschlossener Gesellschaften leisten; sie stellen keine ernstzunehmende Herausforderung dar. Die geschlossene Gesellschaft kann auch mit nichtaggressiven offenen Gesellschaften nicht leben, weil sie die Diktatur ideell in Frage stellen.

Kein kommunistisches Regime ist bisher ohne fremde Hilfe an die Macht gelangt. In Russland spielte die Niederlage im Ersten Weltkrieg eine besondere Rolle. Aber ohne die Millionen, die der deutsche Generalstab zur Verfügung stellte, hätte es auch Lenin nicht geschafft. Seither mussten Aufstände gegen das herrschende Regime immer wieder unterdrückt werden, von Kronstadt 1921 über die DDR 1953, Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968. Wird Polen eine Ausnahme bilden können? Solange die Sowjetunion die Mittel zur Intervention hat und zugleich gewillt ist oder sein darf, diese Mittel einzusetzen, bleibt ein polnischer Sonderfall undenkbar. Hier ist zugleich angedeutet, dass die Entscheidung über die Intervention und ihre Form zwar in

Nach Afghanistan wurde 1980 die Breschnew-Doktrin erweitert. Die Sowjetunion beansprucht nun auch das Recht auf Intervention in einem Land, wo das moskautreue Regime gefährdet ist. Wann die Satrapen um «sowjetische Hilfe» bitten müssen, bestimmt wiederum Moskau.

Moskau fällt, aber nicht ohne Berücksichtigung möglicher und wahrscheinlicher Reaktionen des Westens. Damit ist aber auch der Raum bezeichnet, in dem wir alle tätig werden können oder nicht, eine Verantwortung wahrnehmen oder uns ihr entziehen. Um diesen Raum zu erhellen, sind die sowjetischen Optionen zu prüfen.

Möglichkeiten der Intervention

Intervention heisst Dazwischentreten und bedeutet Einmischung und Eingreifen. Intervention eines Staates heisst, dass er in die politischen Angelegenheiten eines andern Staates eingreift. Solches Eingreifen kann auf verschiedene Weise geschehen und richtet sich immer nach dem Minimum/Maximum-Prinzip: mit einem Minimum an Aufwand und Negativreaktion soll ein Maximum an Wirkung erzielt werden. Das unterstreicht nochmals die Bedeutung der Reaktion sogar nicht unmittelbar beteiligter Kreise. Darauf wird auch die Sowjetunion im Falle Polens Rücksicht nehmen müssen. Und eben das ist der Handlungsraum, der in unsere Verantwortung fällt. Er wird sichtbar in den verschiedenen sowjetischen Optionen, die hier als *hypothetische Szenarien* skizziert werden.

Prolog

Nach Abschluss des 26. Parteikongresses der KPdSU steht fest, dass Polens Wirtschaftskrise nicht gelöst ist. Die Nominalloohnerhöhungen haben die Geschäfte geleert, die Reallohnverluste werden spürbar. Die freien Gewerkschaften sind in ihrer Interessenvertretung beschränkt. Die erneut aufbrechende Krise kann mangels Hilfe aus dem Ausland nicht mehr gedämpft werden.

Die Sowjetunion versucht eine verdeckte Intervention im politisch-wirtschaftlichen Bereich. Sie droht den polnischen Parteigremien mit einer militärischen Intervention und übt direkt und über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) einen harten wirtschaftlichen Druck aus. Die verdeckte sowjetische Präsenz ist verstärkt worden; in den meisten polnischen Betrieben sitzen bereits einige sowjetische Kontrolleure. Die Streitkräfte sind unter verschärfte Parteikontrolle gestellt worden, und in der Partei selbst haben Sowjetfunktionäre die Schalthebel übernommen. Streikkomitees entstehen spontan.

Die Entscheidung liegt nun bei den Arbeitern. Welche Möglichkeiten haben sie? Auch für sie spielt die voraussichtliche Haltung des Westens eine entscheidende Rolle. Die Sowjetunion droht, einen Generalstreik mit einer offenen, militärischen Intervention zu beantworten.

Wie würde Westeuropa darauf reagieren? Militärisch besitzt Moskau ein eindeutiges Ueberge-

Professor Robert Havemann, der berühmte Systemkritiker in der DDR, schrieb in einem Brief über die Bedeutung der Ereignisse in Polen, die Hoffnungslosigkeit der wirtschaftlichen Lage und das entstehende Massenelement haben der gewaltlosen Aktion der Arbeiter Wirksamkeit verliehen. Moskau werde versuchen, über eine «fünfte Kolonne» im polnischen Partei- und Regierungsapparat notfalls einen Hilferuf an Moskau zu ermöglichen. Russen hätten in Gesprächen mit ihm von der besorgniserregenden Versorgungslage gesprochen, die in weiten Teilen der UdSSR schon fast eine Hungersnot verursache.

wicht. In Westeuropa würde die Frage von 1939 neu auftauchen: «Mourir pour Danzig?» Politisch bietet Westeuropa noch weniger Hoffnung. Die Invasion in Afghanistan hat in den nicht unmittelbar gefährdeten Vereinigten Staaten einen Verteidigungsbeschluss herbeigeführt, nicht aber im direkt gefährdeten Westeuropa. Hier wird das Freibier noch immer über die Freiheit gestellt.

Daher kommen die Arbeiter entweder zum Schluss, dass sie sich dem Druck beugen müssen. Die verdeckte politisch-wirtschaftliche Intervention der Sowjetunion wäre geglückt und das Spiel aus, das Drama jedoch müsste beginnen.

Oder die Arbeiter kommen zum Schluss, dass ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei. Sie zwingen den Westen zu einer klaren Stellungnahme und rufen den Generalstreik aus. Die Sowjetunion beschliesst eine militärische Intervention. Wie wird sie durchgeführt?

Die Sowjetunion besitzt zwar die militärische Ueberlegenheit. Doch weiss sie, dass eine Invasion Polens nach jener Afghanistans ganz Westeuropa wecken könnte. Die Folge wäre ein umfassender Verteidigungsbeschluss. Der technologische Rüstungswettlauf würde losgehen, und die Sowjetunion müsste ihn in etwa fünf bis acht Jahren verlieren. Wie könnte sie versuchen, diese unerwünschte Entwicklung zu vermeiden?

(Fortsetzung auf Seite 10)



Importeur feiner Qualitätsweine

Alte Port-Weine finden Sie bei uns!

Golden White Port 1944 Fr. 52.50/Fl.

Porto Barros (Vintages) 1960
Fr. 42.—/Fl.

Porto Barros (Vintages) 1948
Fr. 63.—/Fl.

Porto Barros 1957 (Fass-Alterung)
Fr. 32.—/Fl.

Porto Barros 1947 (Fass-Alterung)
Fr. 54.—/Fl.

Porto Barros 1937 (Fass-Alterung)
Fr. 69.—/Fl.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

B-Waffen in sowjetischen Retorten

Die so friedliebende Sowjetunion hat dieses Jahr nicht nur wegen ihres Afghanistan-Krieges eine schlechte Presse, sondern auch wegen der bakteriologischen Katastrophe bei Swerdlowsk.

Im Januar 1980 berichtete die russischsprachige Monatszeitschrift «Possev» (Frankfurt/M.) aufgrund von Informationen aus Swerdlowsk, der Millionenstadt im Ural, über den Unfall. Allein die «Iswestija» brachten mehrere «Abfahren an die Falsifikatoren» (am 18. April, 15. Juni und 6. August 1980): offenbar war die sowjetische Bevölkerung durch die westlichen Radiosender zu gut informiert, als dass die Behörden noch hätten schweigen können. Auch die Pariser Wochenzeitung «Russkaja mysl» (3. 7.) veröffentlichte Material über den tragischen Vorfall und illustrierte es mit einer schematischen Karte des Swerdlowsker Vororts «Wojennyj gorodok Nr. 19» («Militärstädtchen»), als «Biofabrik» bekannt, wo sich Ende 1979 die Katastrophe mit bakteriologischen Kampfstoffen ereignete.

Inzwischen sah sich auch die zuständige Unterkommission des Kongresses der USA veranlasst, die besänftigenden Erklärungen der sowjetischen Seite unter die Lupe zu nehmen, und kam zum Schluss, dass sie nicht überzeugend seien; eine «mögliche Verletzung» der internationalen Konvention über das Verbot bakteriologischer Waffen durch die UdSSR ist demnach nicht auszuschliessen. Denn gegen die offizielle Version vom Ausbruch der «sibirischen Beulenseu-

che» (Milzbrand) sprechen laut dieser Kommission

- der rasche Krankheitsverlauf: die Betroffenen starben 2—4 Stunden nach Einlieferung ins Spital;
- die hohe Sterblichkeitsrate: Antibiotika blieben wirkungslos, und es gab zwischen einigen Hundert und 1000 Todesopfer;
- die für Milzbrand atypische Form der Lungenerkrankung — wo doch die Infektion «durch verdorbene Lebensmittel» erfolgt sein soll;
- die Beschränkung der Epidemie auf ein relativ kleines Gebiet und
- die völlige Immunität des Viehs gegen die Seuche.

Der frühere Gesundheitsminister der UdSSR, Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften, Generaloberst des medizinischen Dienstes und Ehrenmitglied mehrerer ausländischer Vereinigungen, E. I. Smirnow, lenkte zuletzt die Erarbeitung bakteriologischer Waffen und nahm sich nach der Katastrophe von Swerdlowsk das Leben.

Diese Information ist allerdings nicht in den «Iswestija» nachzulesen, sondern wiederum in «Possev» (Nr. 9/1980). Hier sind auch weitere Fakten angeführt, welche die sowjetische Produktion der international geächteten B-Waffen belegen:

— In der Industriestadt Kirow befindet sich ein

ähnliches Zentrum wie das Wojengorodok Nr. 19. Ueber 100 Mitarbeiter erarbeiten B-Waffen auf der Grundlage von Starrkrampf-, Lepra- und Gelbfieberbakterien. (Angabe vor der Kongress-Subkommission der USA.)

— Das Institut für Phytopathologie (Pflanzenkrankheiten) in Golyzino, Moskauer Gebiet, führt auch Bestellungen des Verteidigungsministeriums aus. Die Siedlung wird durch das Militärhandelssystem versorgt, d. h. um eine Stufe besser als die gewöhnlichen Bürger. Auf dem Versuchsfeld des Instituts wird Weizen gesät und mit Getreiderost infiziert.

— 2 der 24 Laboratorien des Leningrader Instituts für hochmolekulare Verbindungen, das der Akademie der Wissenschaften untersteht, tragen nur eine Nummer, d. h. sie sind geheim — weil sie biologischen Kampfstoffen nachspüren. Das frühere Labor für Biopolymere wurde vor drei Jahren zudem in ein selbständiges, streng geheimes «Institut für biologisch reine Präparate» umgewandelt: Es erforscht die Auswirkungen biologischer Gifte auf den menschlichen Organismus. Unter seinem Pharmazeutik-Aushängeschild besorgt sich dieses Institut im Ausland, namentlich in Japan, modernste kostspielige Ausrüstungen. Die Namen der Leiter und die Adressen dieser Institute sind bekannt.

Wieviele weitere «wissenschaftliche» Institutionen in der Sowjetunion ähnliche Zwecke verfolgen, weiss natürlich auch «Possev» nicht. Fest steht dagegen, dass in der UdSSR neben parapsychologischen Waffen auch chemische oder C-Kampfstoffe entwickelt werden; die letzteren sind in Afghanistan bereits zur Anwendung gelangt. HTD

(Fortsetzung von Seite 3)

Szenarium 1

Die Sowjetunion verbindet die Invasion in Polen mit einer ausserordentlich scharfen Nukleardrohung an Westeuropa: Grossstädte und Industriezentren seien im Visier sowjetischer Atomraketen. Massive Truppenkonzentrationen an den Grenzen zu Westeuropa würden die Glaubwürdigkeit der Drohung unterstreichen.

Westeuropa würde sich sofort zu Verhandlungen bereit erklären und Garantie leisten, dass der sowjetische Einflussbereich unangetastet bleibe.

In der Bundesrepublik würden die neutralistischen Kreise ungeahnten Zulauf erhalten. Skandinavien würde sich selbst finnlandisieren. Auswirkungen in Frankreich und Italien wären unvermeidlich. Die sowjetische Invasion Polens wäre von einer politischen Offensive gegen Westeuropa begleitet, das sich noch mehr in eine Isolation von Amerika begeben würde. Zumal die Vereinigten Staaten machtlos sind, ein Europa zu retten, das sich selbst nicht mehr retten will.

Szenarium 2

Falls die Sowjetunion die westeuropäische Angst vor einer blossen Nukleardrohung (ausgeführt würde sie ja nicht) unterschätzt, kann sie die Invasion Polens mit einer «begrenzten Militäraktion» gegen die Bundesrepublik verbinden. Sie könnte mit einem Ueberraschungsangriff — nicht etwa zum Rhein oder zum Atlantik vorstossen, wie der Westen glaubt, sondern — etwa

15 km tief nach Westdeutschland eindringen und dann ein Friedensangebot unterbreiten, in dessen Schatten Polen an die Kandare genommen würde. Der Preis für den Rückzug der Truppen aus der Bundesrepublik wäre die weitere Selbstisolation Westeuropas von Nordamerika. Auch damit wäre das langsame Absberbeln der westeuropäischen Freiheit besiegt.

Was wäre zu tun?

Was wäre zu tun, um den Polen zu helfen? Und nicht nur ihnen, sondern auch den Russen, die das erste Opfer der kommunistischen Diktatur sind, letztlich auch uns selbst, um das Damoklesschwert wegzurücken, das über uns hängt? Die Antwort auf diese Frage stand auch schon in dieser Zeitung. Zum Beispiel am 8. Oktober 1969 in einem Rückblick auf die sowjetbesetzte Tschechoslowakei. Sie ist noch heute gültig, darum drucken wir sie ab. Sie wäre lediglich dahin zu ergänzen, dass der Westen inzwischen die militärische Ueberlegenheit eingebüsst hat und sich auch darum kümmern müsste.

«Hätte man denn im Sommer 1968 der Tschechoslowakei vom Westen aus Hilfe bringen können?» Das ist die immer wieder gestellte, von jedem sachlichen Beobachter immer wieder verneinte Frage. Aber die Frage ist falsch gestellt. Sie müsste lauten: «Unter welchen Voraussetzungen hätte man der Tschechoslowakei damals Hilfe leisten können?» Nur diese Frage bringt uns allenfalls weiter.

Vorab und zur Vermeidung von Missverständnissen: es konnte bei einer Hilfeleistung nicht um eine militärische Unterstützung gehen. Was dann? Um eine Antwort zu erarbeiten, muss man seine Vorstel-

lungsgabe einsetzen. Denn nach dem Ereignis kann man nur darüber spekulieren, was geschehen wäre, wenn ...

Wenn Westeuropa im vergangenen Jahr zusammen mit Nordamerika eine Atlantische Union bereits vollzogen gehabt hätte;

wenn der wirtschaftliche Zusammenschluss der EWG und der EFTA bereits eine Tatsache gewesen wäre;

wenn im Rahmen solcher Koordination eine einheitliche westliche Politik im allgemeinen Interesse möglich gewesen wäre;

wenn die westlichen Länder nicht durch einen Nonkonformismus am falschen Ort erschüttert wären, dann hätte die Sowjetunion eine völlig andere Aufwand- und Ertragsrechnung aufstellen und vermutlich auf die Invasion verzichten müssen. Beweise sind schwierig. Immerhin: es ist der damaligen westlichen Einheit und damit Stärke zuzuschreiben (Marshallplan, NATO), dass Tito 1948 sich straflos dem Diktat Stalins entziehen konnte. Und: Es ist der damaligen westlichen Spaltung und damit Schwäche zuzuschreiben (Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Suezkrise), dass Imre Nagy 1956 sich nicht straflos dem Diktat Chruschtschews entziehen konnte.

Das bedeutet, dass man, um der Tschechoslowakei 1968 helfen zu können, spätestens 1963 hätte anfangen müssen, die westliche Position aufzubauen.

Das bedeutet aber auch, dass man — aus all diesen tragischen Vorkommnissen lernend — heute an die Arbeit gehen muss, um in fünf oder zehn Jahren Niederlagen der Freiheit wie 1953, 1956 und 1968 nicht ohnmächtig hinnehmen zu müssen, in Rumänien oder Bulgarien, vielleicht wieder in der DDR, kaum schon in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei. ■